

Was wurde eigentlich aus ... „privat“ und „öffentlich“?

Konjunkturen eines Spannungsfelds: Von den blau-schwarzen Wendejahren zur Zeitenwende in der Vielfachkrise

Oliver Prausmüller

Abstract

Ein Vergleich zwischen dem neoliberalen Vormarsch in den 2000er Jahren und der heutigen Vielfachkrise zeigt: Die Interventionen, die damals in der Zeitschrift Kurswechsel zu den umkämpften Grenzziehungen zwischen „privat“ und „öffentlich“ gesetzt wurden, haben nichts an Relevanz eingebüßt. Der Beitrag identifiziert drei zentrale Widerspruchsachsen, die auch für künftige Auseinandersetzungen wertvolle Orientierungen bieten: 1) die Privatisierung von Macht, 2) das Doppelspiel zwischen sozialem Rückbau und autoritärem Ausbau sowie 3) die marktschaffende Rolle des Staates für (vormals) öffentliche Infrastrukturen. Sie werden in Zukunft durch eine sich verschärfende Informalisierung politisch-ökonomischer Macht und neue Formen des Staatsinterventionismus herausgefordert.

Einleitung

„Es ist gestern, es wird heute, es war morgen“ – diese Zeilen des dissidenten Dichters Jan Skácel eröffneten Ende 2001 den Schwerpunkt zu „Öffentlich/Privat“ der Zeitschrift Kurswechsel. Mehr als 20 Jahre später, inmitten der heutigen „Vielfachkrise“ und „Zeitenwende“, lesen sich die damals entwickelten Widersprüche wie eine willkommene Einladung zur Reflexion auf die offenen Baustellen unserer Zeit. Damals wie heute treffen neu angeordnete „Elemente der Durchstaatlichung“ auf einen „Kult des privaten Unternehmens“. Damals wie heute läuft ein Ausbau des Sicherheitsstaats mit einer Privatisierung sozialer Risiken zusammen (vgl. Becker/Bergmann/Schlager 2001: 3).

Doch wo liegen nicht nur Kontinuitäten, sondern auch Veränderungen? Welche intellektuellen Suchprozesse, welche polit-ökonomischen Konjunkturen und analytischen Konzepte sind im Zeitvergleich mehr oder weniger präsent? Und: Welche Brücken lassen sich aus der damaligen Periode zu aktuellen Fragen für emanzipatorische Analyse und Kritik schlagen? Derartige Fragen richten sich folglich nicht nur an den Kurswechsel selbst, sondern auch an den jeweiligen gesellschaftlichen Schaffenskontext der Zeitschrift.

Für einen derartigen Brückenschlag dienen an dieser Stelle vor allem diese zwei Schwerpunktausgaben aus der Entwicklungsgeschichte des Kurswechsels als Steinbruch und Ausgangspunkt: Das Heft „Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen“ (4/2001) und der Schwerpunkt zur „Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ (3/2004). Das Spannungsfeld von „privat“ und „öffentlich“ wird in beiden Ausgaben eingängig verhandelt, wobei zweitens durch einen stärkeren Fokus auf einen bestimmten Analysegegenstand

gekennzeichnet ist. Die Ausgaben teilen die Gemeinsamkeit, dass sie noch eher in eine Hochphase des stark wettbewerbsstaatlich-neoliberal geprägten Gesellschaftsumbaus fallen. Damit ist im österreichischen Zusammenhang der Durchbruch für das erstmalige schwarz-blaue Regierungsprojekt assoziiert. Darüber hinaus befinden sich im europäischen und globalen Zusammenhang unterschiedliche Projekte eines „neuen Konstitutionalismus“, also der rechtlich-institutionellen Ausprägungen eines „disziplinierenden Neoliberalismus“, noch in der Vorwärtsbewegung (wie z. B. im Rahmen der EU-Austeritätspolitik, Gill 2000).

Zwischen Retro- und Prospektive gilt einer Gemeinsamkeit und einem Unterschied besondere Aufmerksamkeit. Zum einen fallen die ansatzweisen Parallelen in Bezug auf einen Rechtsrutsch in Österreich auf. Die Konjunktur Anfang der 2000er Jahre beinhaltete die erstmalige Angelobung eines schwarz-blauen Regierungsprojekts, im Herbst 2024 konnte die FPÖ wiederum erstmals als stimmenstärkste Partei aus einer Nationalratswahl hervorgehen. Zum anderen fallen die unterschiedlichen Konjunkturen der neoliberalen Entwicklungsweise stärker ins Gewicht. Diese steht nun nicht mehr im Zeichen einer Ausdehnung, sondern eines krisenhaften Niedergangs. Der Brückenschlag zwischen den Konjunkturen Anfang der 2000er Jahre zur heutigen Ausgangslage soll damit nicht holzschnittartig vereinfacht werden. Aber die Perspektive auf „Vielfachkrise“ und „Zeitenwende“ im Titel schließt ein, dass damit das Spannungsfeld zwischen „privat“ und „öffentlich“ auch für das Zeitschriften-Projekt Kurswechsel neu aufgeladen wird.

1. „Privat-öffentlich“ im Spiegel der Wendejahre und einer neoliberalen Ausdehnungsbewegung

Anfang der 2000er Jahre standen gerade auch Schwerpunktthemen wie „Öffentlich/Privat“ (4/2001) und „Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ (3/2004) unter dem Eindruck der schwarz-blauen Wende in Österreich. Nun, mit dem Zeitenbruch der Nationalratswahl 2024, besteht diese Ausgangslage unter veränderten Vorzeichen: Erstmals ist die radikale Rechte auf Platz 1 vorgestoßen. Diese Entwicklung fällt unmittelbar mit der Bereitschaft gewichtiger Teile der Wirtschaft zusammen, das zuvor ins Stocken geratene autoritäre Regierungsprojekt zum Umbau des „Modell Österreich“ (Flecker/Hermann 2014) zu radikalisieren. Diese verschobene Ausgangslage zeigt sich mitunter deutlicher, wenn sie mit den widersprüchlichen Konjunkturen des „Austro-neoliberalismus“ (Unger 1999) verwoben wird. Anfang der 2000er Jahre war die Diskussion des schwarz-blauen Pionierprojekts noch stärker mit der Abkehr von einer eher graduellen, hin zu einer offensiveren Durchsetzung neoliberaler Modell-Vorstellungen verknüpft. Diese hätten „erst unter sozialliberalen, mit der ÖVP/FPÖ-Regierung unter nationalliberalen Vorzeichen auch in Österreich Einzug gehalten“ (Becker/Bergmann/Schlager 2001: 3).

Im ersten schwarz-blauen Regierungsprojekt kulminiert eine radikalisierte Doppelbewegung der „Roll-back“- und „Roll-out“-Neoliberalisierung (Peck/Tickell 2002). Folglich gewinnen nicht nur die Diskreditierung und die Zerschlagung keynesianisch-geprägter Wohlfahrtsstaatlichkeit an Tempo (im Sinne eines „Zurückrollens“ und von Destruktion). Darüber hinaus werden neuere Formen von Wettbewerbsstaatlichkeit und neoliberalen Regierens befestigt (im Sinne eines „Ausrollens“ und von Konstruk-

tion). Unter Ersteres fallen etwa erweiterte Angriffe auf öffentliche Sicherungssysteme wie Pensionen oder Restbestände öffentlichen Eigentums. Ein zentraler Hebel dafür ist auch im österreichischen Fall eine verschärfte „Politik der leeren Kassen“, die in Gestalt des schwarz-blauen Flaggschiffprojekts „Nulldefizit“ für heftige Kontroversen sorgt (Beigewum 2000; Jäger/Tomassovits 2004). Noch Mitte der 1990er Jahre richtete sich der damalige Wirtschaftsminister Schüssel gegen eine „Privatisierung mit angezogener Handbremse“ (Die Presse vom 21.3.1994 zit. n. Schmidt 2010: 285; Korom 2014). Mit dem schwarz-blauen Regierungsprojekt konnten nicht nur in diesem Zusammenhang die widersprüchlichen Filterwirkungen der großkoalitionären, austrokorporatistisch getragenen Konsensbildung hinter sich gelassen werden. Mit Zweiterem rückt wiederum vermehrt in den Blick, dass es sich auch bei Schwarz-Blau I nicht um ein pauschales Projekt der Zerschlagung handelte. Nicht minder wog der Anspruch, *andere* Formen des Regierens und von Staatlichkeit langfristig zu verankern („Österreich neu regieren“).

Eine Re-Lektüre des Kurswechsels zeigt in diesem Zusammenhang: Die Analysen heben sich positiv von Kommentaren ab, die damals die Rhetorik von „mehr privat, weniger Staat“ oder „schlanker Staat“ allzu wörtlich genommen haben. Joachim Hirsch spricht damals etwa im Angesicht von Analysen, die Staaten in dieser Hochzeit neoliberaler Restrukturierung bloß als „eine Art passiver Erfüllungsgehilfen“ begreifen, davon „der neoliberalen Ideologie auf den Leim zu gehen“ (Hirsch 2000: 335). Im Kurswechsel werden hingegen frühzeitig wichtige Achsen des Widerspruchs etabliert, die bis heute für ein erweitertes Verständnis der historischen Konsolidierung, aber auch für die derzeit krisengetriebene Erosion neoliberal-disziplinierender Staatlichkeit hoch relevant bleiben. Dazu zählen insbesondere:

Erstens das Verständnis von Privatisierung als das „Signum“ (Sauer 2001: 8) einer neu entfalteten Staatlichkeit und der Fokus auf den eingeschränkten „Raum des politisch Gestaltbaren“ (ebd.). Privatisierung geht folglich mit einer Informalisierung von Macht z. B. weg von Parlamenten hin zu erweiterten Formen des Netzwerk-Regierens und einem verstärkten Abschirmen von Entscheidungsstrukturen durch männerbündische Seilschaften und technokratische Steuerungskörper einher. Dabei geht es um keine Beschönigung vormaliger Formen des „exkludierenden Korporatismus“ (ebd.: 9). Doch es zeigen sich verschärfte Folgen von „Intransparenz, Selektivität im Entscheidungszugang, Machtasymmetrien und Legitimationsmangel“ (Weber 2001: 33).

Zweitens der Rückbau bzw. die Abschiebung sozialstaatlicher Aufgaben in den privaten und familiären Bereich, während autoritäre Zugriffsmöglichkeiten ausgebaut werden. Neoliberale Neuvermessungen von „privat“ und „öffentlich“ zeitigen sich so als „gravierende materielle Einschränkung vornehmlich sozial-, geschlechter- und verteilungspolitischer Freiheitsgrade staatlicher Politik“, während „dagegen Apparaturen und Intensitäten repressiver Staatlichkeit“ zunehmen (Kreisky 2001: 48). Dies ist mit einer Privatisierung sozialer Risiken verbunden – den derart „schlanken Staat können sich maximal reiche Männer leisten“ (BEIGEWUM 2002: 173). Der propagierten Freiheit von Märkten, Investoren, Konsument:innen stehen folglich in der neoliberalen Gegenreform die Privatisierung von Sorgearbeit und ein beschränkender Zugriff auf universelle Bürger:innenrechte gegenüber.

Drittens richten die Analysen im Kurswechsel frühzeitig den Blick auf die Art und Weise, wie neue Grenzziehungen zwischen „privat“ und „öffentlich“ über den nationalen Rahmen hinaus staatlich vorangetrieben werden. Die Trias aus Liberalisierung, Pri-

vatisierung und Finanzialisierung kommt so auch empirisch zunehmend in den Blick: In unterschiedlichsten Facetten wie z.B. der politischen Entstehung von multinationalen Utility-Konzernen, des Cross Border-Leasing oder der via EU forcierten Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen wird deutlich, dass politisch-staatlichen Vermittlungen alles andere als eine passive Rolle zukommt (vgl. Hall 2004; Atzmüller/Hermann 2004; Rügemer 2004, Brand 2004). Damit erscheint der Weg von der „mixed economy“ zur „postfordistisch globalisierten Ökonomie“ auch im Falle von Privatisierungen nicht schlichtweg als von naturalisierten technologischen und/oder spontan entfalteten Marktentwicklungen getrieben. Deutlich wird vielmehr, wie die „Erschließung neuer Bereiche für die Kapitalverwertung, die Disziplinierung der Belegschaften und der Reduktion von öffentlichen Ansprüchen an Unternehmen“ (Weber 2001: 27) in neue Formen liberaler Herrschaft im europäischen und internationalen Kontext eingewoben ist (vgl. Kurswechsel 2/2003, Brand 2004). Dies führt mithin dazu, dass im Kurswechsel in den 2000er Wendejahren auch die Widerspruchsachse zum vermehrt europäischen bzw. globalisierten „Ausrollen“ von marktschaffenden Maßnahmen von Anfang an stark mitgedacht wird. Das „Hinterfragen von Sachzwängen“ (Küblböck 2004: 16) schließt folglich auch in der Frage von „privat“ und „öffentlich“ eine erweiterte räumliche Perspektive auf den Druck zur Kommodifizierung ein.

Diese drei skizzierten Widerspruchsachsen betreffen folglich insbesondere 1) die Privatisierung von Macht, 2) das Doppelspiel zwischen sozialem Rückbau und autoritärem Ausbau, sowie 3) die marktschaffende Rolle des Staates in öffentlichen Dienstleistungs- und Infrastrukturbereichen. Die darum gruppierten Analysen verdeutlichen ansatzweise die Reichhaltigkeit der kritischen Verständigungsarbeit, die im Kurswechsel Anfang der 2000er Jahre rund um die radikalisierte Doppelbewegung eines „Roll-back“ und „Roll-out“ (s.o.) geleistet wurde. In den Folgejahren zeigt sich zugleich eine merkliche Verschiebung. So fallen nun weniger die unterschiedlichen Formen der hegemonialen Verallgemeinerung, sondern eine erhöhte Destabilisierung und Krisenanfälligkeit ins Gewicht.

2. Die Vielfachkrise als neuer Schrittmacher

Die fragende Haltung richtet sich im Kurswechsel folglich vermehrt auf eine krisenhaft vermittelte, möglicherweise auseinanderfallende Entwicklungskonstellation. In der zugespitzten Frage „Endgame oder nächste Etappe?“ – so der Titel des Kurswechsel Schwerpunkt-Hefts 2/2012 – spiegeln sich eine Reihe von Motiven, die den Diskurs über sog. „Post-Neoliberalismus“ irritieren: Handelt es sich um eine Krise *des* oder *im* Neoliberalismus? Handelt es sich um eine Art Wiedergänger, der in und durch diese verschärften Krisenentwicklungen bloß seine Erscheinungsformen variiert (von sozialliberal, grün-modernistisch bis autoritär)? Oder doch um Anzeichen für Paradigmenwechsel bis Epochenbruch? So erhält auch die Frage nach einer möglichen „Wende“ ansatzweise einen neuen Dreh. Zwischen dem Österreich der „Wendejahre“ Anfang der 2000er Jahre und gegenwärtigen Diskussionen über eine „Politische Ökonomie der ‚Zeitenwende‘“ (Schneider/Syrovatka 2024) verstärken sich folglich auch Suchprozesse danach, wohin die krisenhafte Erosion neoliberalen Wirtschaftens und Regierens alternativ führen könnte.

In den Raum zwischen 2007 bis 2025 fallen eine Reihe von großen Krisenentwicklungen, die sich einer Einstufung als bloß „konjunkturell“ entziehen. Sie reichen von der Finanzkrise 2008f. über die verschärfte Klimakrise bis hin zu den Kulminierungspunkten der gegenwärtigen Vielfachkrise (COVID-19, Krieg in der Ukraine und Nahost, Teuerungskrise, die geoökonomischen Rivalitäten zwischen China und den USA u.v.m.). Folglich kommen auch die Koordinaten von Aktivitäten zwischen „privat“ und „öffentlich“ sowie zwischen „Markt“ und „Staat“ neuerlich in Bewegung. Beispiele dafür sind etwa die Vielzahl von staatlichen Krisenpaketen, die sich in immer kürzeren Abständen überschlagen. Oder auch die Widersprüche, die sich nach Jahrzehnten der Spar- und Privatisierungspolitik in der Daseins- und Krisenvorsorge angesichts der bloß „beklatschten Systemrelevanz“ für Sorgearbeit und der überlebenssichernden Rolle der Alltagsökonomie im Gefolge der COVID-19-Pandemie aufgetan haben (vgl. Haim/Mader/Schultheiß 2021, Foundational Economy Collective 2020). Nach Jahren der Dauerkrise stellen sich zum einen Fragen der Abwälzung von Krisenkosten, der Repräsentations- und Reproduktionskrise weitaus stärker. Die Zerstörung der „Allgemeinheiten der Überbauten“ (Demirović 2006: 16) und die Gefräßigkeit an den „eigenen Grundlagen“ (Fraser 2023) laufen mit einer merklich erhöhten Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Kapitalakkumulation zusammen. Zum anderen zeigt sich auch im Kurswechsel, dass die Tragweite der Vielfachkrise stabile Referenzpunkte in weite Ferne gerückt hat. Die Überwindung der „fordistischen Krise“ in einem „postfordistischen Suchprozess“ (Weber 2001: 36) ist mittlerweile als analytische Strukturierungshilfe für kritisch polit-ökonomische Diskussionen weggebrochen. Es scheint zumindest so, als ob Antworten auf die Frage nach den „Bedingungen der Herausbildung einer temporär stabilen Entwicklungsweise“ (Schneider/Syrovatka 2024: 25) im Zuge der gegenwärtigen Vielfachkrise noch unbestimmter geworden sind. Die merklich erhöhte Krisenanfälligkeit nährte 2008f. nicht zuletzt Hoffnungen auf wirksame soziale Proteste und das Erstarren alternativer Kräfte. Angesichts der Rolle der EU als Hebel für die Durchsetzung austeritätspolitischer Strukturanpassungsprogramme gewannen zudem neuerlich Diskussionen an Relevanz, inwiefern die EU reformierbar sei (vgl. dazu das Debattenforum im Kurswechsel 1/2014). Zusammengefasst hatte die „Unsicherheit über den künftigen Entwicklungspfad“ (Weber 2011: 5) bereits unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008f. zugenommen. Dies gilt womöglich auch für die „verbreitete Enttäuschung über den ausbleibenden emanzipatorischen Kurswechsel in Reaktion auf die Krise“ (ebd.). Die Grenzen für progressive Terraingewinne in und durch die Krise zeigt nicht zuletzt eine auf „Systemstabilisierung fokussierte Staatsintervention“ (ebd.) auf. Auf staatliche Auffangmaßnahmen für die Finanzmärkte und Unterstützungspakete für die Banken folgte etwa keine Wiederherstellung wirtschaftsdemokratischer Handlungsspielräume. Stattdessen folgte die Umdeutung in eine „Staatschuldenkrise“. In diese Zeit fiel auch der jüngste Schub an austeritätsgetriebenen Privatisierungsprojekten in Europa (Feigl 2012, BEIGEWUM 2013).

In Bezug auf das umkämpfte Verhältnis von „privat“ und „öffentlich“ wurde so eindringlich in Erinnerung gerufen: Staatliche Intervention entfaltet ohne Rückbindung an entsprechende gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und öffentliche Gestaltungsmacht keine Hebelwirkung für progressive Veränderung. Die Durchstaatlichung von Krisenhilfen verkehrte sich vielmehr in das Gegenteil: Die folgende Schuldenkrise diente als Hebel für eine erweiterte kapitalistische Landnahme von gesellschaftlicher Infrastruk-

tur und die Erschließung neuer Anlagefelder (wie etwa im Rahmen der Privatisierungsaufgaben der sog. „Troika“ in der EU-Peripherie). Auf die staatlichen Bedingungen für die Festlegung davon, was als „privat“ und „öffentlich“ gelten soll (siehe Demirović 2001: 22) gibt es für progressive Kräfte folglich ebenso wenig Zugriff wie auf die Frage, wessen Krisenrisiken im Namen von Systemrelevanz (nicht) vergesellschaftet werden. Daraus resultieren ungelöste Widersprüche, die sich in der gegenwärtigen Vielfachkrise noch weiter verschärft haben. Das Credo neoliberal-restaurativer Kräfte war im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008f. weitestgehend klar: Der Staat darf in der Krise erweiterten Katastrophenschutz leisten, aber höhere Erwartungshaltungen an die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind hingegen frühzeitig zu unterbinden. So hieß es auch inmitten der Krise 2008: „Wie in jeder Katastrophe darf der Staat retten, aufräumen, wiederaufbauen. Dann aber muss er wieder heraus aus den wirtschaftlichen Prozessen des Tages und zurück in die Schranken des Regelwerkes“ (Koch 2008).

Darin spiegelt sich nicht nur markant das liberale Trennungsdispositiv (Sauer 2001: 5f.) einer natürlichen marktwirtschaftlichen und häuslichen „Privatheit“ wider, die rechtzeitig vor einem arbiträren öffentlichen Zugriff zu schützen sei (von der Wirtschafts- über die Steuer- bis zur Geschlechterpolitik). Darüber hinaus stellt sich bei einem Brückenschlag zum heutigen Krisengeschehen gerade auch im Kurswechsel-Kontext die Frage: Wie fällt die Bewegung in diesen Widersprüchen heute aus?

Im Kurswechsel der Gegenwart versammelt sich – wenig überraschend – ein Panoptikum unterschiedlicher Krisenanalysen: Die Pole der thematischen Auseinandersetzung bewegen sich zwar durchaus am Puls drängender Transformationskonflikte, können aber selbstredend nicht mit der Bandbreite des beschleunigten Konfliktgeschehens mithalten. Durchaus vorsichtig-optimistischen Bezugnahmen, die sich z. B. zuletzt vermehrt auf die Potentiale einer neu entdeckten Industriepolitik im Zuge einer „grünen Wende“ bezogen haben, stehen die fortlaufenden Brennpunkte und Brandbeschleuniger der gegenwärtigen Vielfachkrise gegenüber (siehe z. B. Heft 4/2020 „Umkämpfte Industriepolitik“, 1/2023 „Brennpunkte aktueller Krisenpolitik“).

Zuletzt haben etwa Schwerpunkte wie zur politischen Ökonomie kritischer Infrastruktur (siehe Kurswechsel 4/2021) den Faden zur Auseinandersetzung mit der Trias aus Liberalisierung, Privatisierung und Finanzialisierung direkter (wieder)aufgenommen. Die Konjunktur hat sich zugleich verschoben: Die Krise hat die vormals offensive Privatisierungsagenda selbst erfasst, größere Flaggschiffprojekte zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen sind – wenn auch nicht gänzlich gekentert – erheblich ins Stocken geraten. Die „Krise des Privatisierungs- und Liberalisierungsdogmas auf nationalstaatlicher Ebene“ (Krajewski 2010: 389) spiegelt sich nicht zuletzt in der Demobilisierung von größer angelegten europäischen und globalen Liberalisierungsprojekten, die noch in den 2000er-Jahren Breitenwirkung entfaltet hatten (wie z. B. das Dienstleistungsabkommen GATS der WTO oder die EU-Liberalisierungsvorhaben für Wasserversorgung – siehe im Überblick Prausmüller/Wagner 2014). Vor dem Hintergrund dieses erodierten Privatisierungskonsens bewegten sich damals auch vermehrte Diskussionen des globalen Phänomens von Rekommunalisierungen – also die Rückführung vormals privatisierter Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand. Zuletzt wurden diese unterschiedlichen Konjunkturen im Kurswechsel an der Schnittstelle der Neuentdeckung von Infrastruktur-Fragen und der verstärkten Diskussion über ihre kritische Rolle in der Vielfachkrise aufgegriffen. Das Spektrum dafür reichte von den Fallstricken

einer prekarisierten Systemrelevanz in der Daseinsvorsorge, über das erhöhte strategische Kontrollinteresse an Infrastrukturen in der Außenwirtschaftspolitik bis hin zum Sog der Finanzialisierung, dem gegenwärtig z.B. Bereiche wie Pflege als eine Art „grau-es Gold“ durch offensive Geschäftsinteressen ausgesetzt sind (siehe Kurswechsel 4/2021).

Das umkämpfte Verhältnis von „privat“ und „öffentlich“ ist zugleich dem Grunde nach implizit nahezu ständig anwesend, wenn es z.B. im Querschnitt um den „Raum des politisch Gestaltbaren“ (Sauer 2001: 8), Diskussionen zu Strategien gegen Überreichtum und einer Politik des Öffentlichen zur De-Konzentration von Privateigentum (Hofmann/Schnetzler 2022, van Dyk 2022), das Spannungsfeld von formeller und informeller Pflege in und außerhalb des österreichischen Sozialstaats (Trukeschitz/Schneider 2023), die Ausweitung fiskalischer und regulatorischer Spielräume für sozial-ökologische „Mehrebenen-Transformation“ (Novy 2022) oder die ungleichen Auswirkungen der Teuerungskrise aus einer feministischen Perspektive geht (Beran/Heimerl/Six 2023). Als verbindende Klammer für diese mehr oder minder impliziten Auseinandersetzungen wirkt – so der Eindruck – auch heute nicht ein theoretisch umfassend bestimmter, durchdeklinierter Anspruch, wie das Verhältnis von „privat“ und „öffentlich“ nun definitiv zu bestimmen sei. Verbindend wirkt darin vielmehr eine offen gehaltene Perspektive, die sich dem umkämpften Spannungsfeld von „privat“ und „öffentlich“ jeweils stark schwerpunktabhängig widmet. Auffällig ist zugleich, wie gelingend unterschiedliche analytische und disziplinäre Zugänge im Kurswechsel immer wieder von Neuem in dem Versuch zusammenlaufen, kritisch-öffentliche Interessen gemeinsam zu entwickeln und gesellschaftlich zu verbreitern. Gewissermaßen zeitlos bleibt dabei die notwendig-kritische Reflexion auf die Widersprüche, die dem Öffentlichen als Teil von hegemonialen Verhältnissen selbst innewohnen. So hieß es treffend bereits rund um die Wendejahre: Es könne „in der Politik durchaus wichtig sein, darum zu kämpfen, dass ein soziales Verhältnis als öffentliches anerkannt wird, aber es handelt sich dann um ein Mittel der Emanzipation, nicht schon um das Ziel. Dieses Mittel selbst kann kontraproduktiv werden, weil es sowohl neue Etatisierungswie Privatisierungsschübe initiiert“ (Demirović 2001: 23). Das führt im nächsten Schritt zum Versuch, die zuvor identifizierten Widerspruchsachsen zum Spannungsfeld „privat“ und „öffentlich“ mit heutigen Momenten der Vielfachkrise und einem Blick nach vorne zusammenzuführen.

3. Impulse und Perspektiven für kritische Widerstandsfähigkeit

Sowohl in Retro- als auch Prospektive zeigt sich: Auf dem analytischen und empirischen Fundament, das in den 2000er Jahren angesichts der ersten schwarz-blauen Wenderegierung und in einer verstärkten „Ausroll-Phase“ neoliberal-globalisierter Wettbewerbsstaatlichkeit entwickelt wurde, lässt sich auch künftig sehr gut bauen. Das soll ansatzweise anhand der drei Achsen des Widerspruchs gezeigt werden, die aus den damaligen Auseinandersetzungen hervorgegangen sind (siehe Abschnitt 1).

Erstens war im Kurswechsel frühzeitig ein Privatisierungsverständnis anzutreffen, das sich durch seine „integrale“ Perspektive auszeichnet. Folglich erschöpfen sich Privatisierungsfragen nicht in Eigentumsfragen im engeren Sinn (also etwa der Veräußerung vormals öffentlicher Infrastruktur), sondern verlangen nach einer herrschaftskritischen

Einbettung. So kommen die Selektivitäten in den Fokus, die mit einer Privatisierung des Politischen einhergehen. Diese schließen u. a. ein: Informalisierung von Macht, ausgedehnte androzentrische Seilschaften, technokratisches Abschirmen gegenüber demokratischer Regulierbarkeit oder auch einen „corporate capture“ von Staatsapparaten durch bevorrechtigte Kapitalinteressen. Diese Informalisierung betrifft folglich auch „diskrete“ Formen von Vermögensakkumulation, die in Österreich bspw. zuletzt anhand der Netzwerke rund um den Fall Benko ansatzweise ans Licht gebracht wurden (Cserjan/Hieselmayr/Aistleitner/et al 2024). Derart integrale Perspektiven gewinnen künftig an Relevanz: Politische und ökonomische Macht fallen vielerorts noch stärker ineinander. Folglich zeigen sich starke Tendenzen einer Neofeudalisierung. Im Lichte der Auseinandersetzung mit der Achse Musk-Trump wurde für diese Verschiebungen etwa zuletzt der Begriff „Broligarchie“ in Anschlag gebracht (Harrington 2025; vgl. Boos/Hofmann/Prausmüller 2024). Die damit einhergehende Feindlichkeit gegenüber demokratischen Verfahren und öffentlicher Verwaltung schlägt sich in einer neuen Generation von „Shock treatment“ nieder (z. B. via großflächiger Entlassungen und Zerschlagungen im öffentlichen Sektor). Ganz so neu sind derartige Arrangements zugleich nicht. Bereits der Neoliberalismus entfaltete sich als „Politprojekt männlicher Eliten, die ungetrübte Freiheit für Vermögende und optimale Bedingungen für Shareholders im Sinne haben“ (Kreisky 2001: 38). Diese Auseinandersetzungen sind auch im Kontext der gegenwärtig radikalisierten, anti-staatlichen „Kettensägen-Ideologie“ hoch aktuell: Etwa, wenn es um die Verbindungslinien zwischen der damit einhergehenden Informalisierung von Macht, den verbrüderlichten Arrangements zwischen „Privat-Öffentlich“ und dem neu beseelten Kult des Unternehmerischen geht. Im Gegenzug muss die Verteilungsfrage künftig weitaus offensiver die De-Privatisierung des Politischen einschließen. Andernfalls bleibt sie auf „Verteilung ohne Verfügung(smacht)“ (van Dyk 2022: 16) über entscheidende Arbeits- und Lebensgrundlagen beschränkt.

Zweitens bleibt die Kritik am Doppelspiel zwischen sozialstaatlichem Rückbau und autoritärem Ausbau hoch aktuell. Der „moralisierende rechte Anti-Wohlfahrtsstaats-Diskurs“ (Weber 2001: 32) hat auch heute kaum Skrupel, in Grundrechte von vulnerablen Gruppen einzugreifen (von der Mindestsicherung bis zur Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge). Diese Skrupellosigkeit hat zuletzt, im Zuge des Rechtsrutsch in Österreich, dazu geführt, dass die Sorge über die Widerstandsfähigkeit demokratischer Infrastruktur und eingerissene Brandmauern drastisch zugenommen hat (z. B. Brand/Ludwig/Sauer 2025). Im Gegenzug wirkt das liberale Trennungsdispositiv gegenwärtig auch dahingehend fort, öffentliche Eingriffe in marktliche Krisendynamiken gar nicht oder nur „too little, too late“ vorzunehmen (z. B. in die Preisbildung von Energie und Wohnen in der Teuerungskrise). Auch die bloß „beklatschte Systemrelevanz“ (Haim/Mader/Schultheiß 2021; vgl. Getzner/Damjanovic/Dowling/et al 2024), die das Bild zu den Leistungs-trägerinnen des Alltagslebens in der Pandemie geprägt hat, unterliegt letztlich diesem Trennungsdispositiv: Während diese im Notstand noch in Bereichen wie etwa Pflege, Gesundheit oder Kinderbetreuung generalmobilisiert wurden, findet nun die öffentliche Sorgevergessenheit in der „Privatheit“ fehlender sozialer Infrastruktur, systematischer Unterbezahlung und dem Abwälzen von Mehrbelastungen in die privaten Haushalte ihre Fortsetzung (bis hin zur „Herdprämie“). Folglich erleben auch vormaligen Beiträge des Kurswechsels zu z. B. neuen Autoritarismen, kritischer österreichischer Sozialstaatsforschung, Mogelpackungen wie „schlanker Staat“ und „Mythos Nulldefizit“

sowie zu feministischer Krisen-Ökonomie eine neue Konjunktur. Dieser kritische Blick darauf, wie und wo Belastungen und Ressourcen (hin)verteilt werden, gewinnt im gegenwärtig beschleunigten Krisengeschehen neuerlich an Relevanz (z.B. jeweilige Auf-/Abwertung sozialer/repressiver Funktionen, priorisierte fiskalische Zuteilungen, asymmetrisches „Derisking“ durch öffentliche Auffangnetze und Privatisierung von Kosten, u.v.m.). Denn es handelt sich nicht zuletzt um eine Prophylaxe gegenüber falschen Hoffnungen in technokratisches Staatsmanagement. In der Vielfachkrise wird künftig nur noch wichtiger, zwischen herrschaftsstabilisierenden Elementen eines „notpragmatischen“ Staatsinterventionismus (Urban 2020) und einer notwendigen Mobilisierung für die Verteidigung demokratiepolitischer und sozialstaatlicher Grundfesten unterscheiden zu können.

Drittens gewinnt der Widerspruch gegenüber dichotomen Formeln wie „mehr Markt, weniger Staat“ neuerlich an Relevanz. Der frühzeitige Einwand, Liberalisierungen seien nicht auf eine „Befreiung der Märkte und die Zurückdrängung des Staates zu reduzieren“ (Atzmüller/Hermann 2004: 62) macht unter den veränderten Vorzeichen deutlich: Auch jüngere Phänomene wie der in der Vielfachkrise entfaltete Staatsinterventionismus verlangen nun nach einer herrschaftskritischen Perspektive darauf, *wie* Staat-Markt-Verhältnisse darin neu organisiert werden. Die COVID-19-Krise, die grüne Transformation oder auch verschärfte geoökonomische Rivalitäten gelten gegenwärtig als Treiber für eine verstärkt „markt-anleitende“ Rolle des Staates, die durchaus Brüche mit der vorherigen neoliberalen Orientierung auf marktschaffende Maßnahmen anzeigt (van Apeldoorn/de Graaff 2022). Damit steigt der Bedarf, künftig vermehrt auf die Möglichkeiten für öffentliches Wirtschaften und planvoller Transformationspolitik unter den Bedingungen neoliberaler Erblast zu reflektieren. Ausgehöhlte öffentliche Handlungskapazitäten führen beispielsweise zu anhaltenden Schwierigkeiten, sog. „corporate guardrails“ und effektive sozial-ökologische Konditionalitäten zu verankern (wie etwa zur Begrenzung von Gewinnausschüttungen, fossilen Phase-Outs oder zum Ausbau von öffentlichem Eigentum; vgl. z.B. Bulfone/Ergen/Maggor 2024). Öffentliche Handlungskapazitäten sind folglich auch nicht durch eine tatsächliche Reform neu konstitutionalistischer Rahmenwerke gestärkt worden (wie etwa zum Rückbau von bevorrechtigten „Super-Grundrechten“ für Kapitalinteressen in der EU, siehe Oberndorfer 2022). Die zuletzt gestiegenen staatlichen Kontrollinteressen werden hingegen vermehrt durch die (Aus)Nutzung von sog. Sicherheitsausnahmen gegenüber z.B. Beschränkungsverboten der Kapitalverkehrsfreiheit verfolgt.

So ist im Schatten internationalisierter wettbewerbsstaatlicher Vertragswerke ein zwiespältiger Hybrid entstanden: Im Zuge eines geoökonomisierten Staatsinterventionismus wird nun zunehmend im Namen der „nationalen“ bis „ökonomischen Sicherheit“ in Bereichen wie etwa Handel, Investitionen, Produktion oder auch Rohstoffen eingegriffen. Während sich darin eine Abschirmbewegung gegenüber öffentlichen Interessen fortsetzt, werden ökonomische und Sicherheitsapparten im Zuge dieser „Versicherlichkeit“ stärker ineinander verschränkt. In der Krise dieser neu konstitutionalistischen Projekte öffnet ein verschärfter Wehrhaftigkeits-Diskurs neue Wege dafür, den Ausschluss öffentlicher Interessen durch erhöhte Exekutivmacht und das Berufen auf Sicherheitsinteressen zu forcieren (zum geoökonomisierten Staatsinterventionismus am Beispiel Investitionskontrollen: Prausmüller 2023). Diese Entwicklungen betreffen auch unmittelbar die Zukunft von systemrelevanten Infrastrukturen und Dienstleistungen der Da-

seinsvorsorge. Der Einsatz für eine „pro-öffentliche Alternativenpolitik“ (Paul 2021) sowie „nachhaltigen Infrastruktursozialismus“ (Dörre 2021) war zuletzt auch im Kurswechsel stark von dem Versuch getragen, die Systemrelevanz von Sorgearbeit, öffentlicher Infrastruktur und damit auch die Aufwertung der Beschäftigten in diesen Bereichen zu begründen (siehe Kurswechsel 4/2021). Die Zunahme von autoritären Entwicklungen ist auch in diesem Zusammenhang ein Warnschild für künftige Auseinandersetzungen. So sind zuletzt die Rufe lauter geworden, das Streikrecht von Beschäftigten in der kritischen Infrastruktur zu beschränken (Schulten 2024: 15). Infrastrukturen werden zudem zunehmend als Teil eines „Zweiten Kalten Krieges“ (Schindler/Alami/DiCarlo/et al 2023) gesehen, weil sie inmitten des Ringens um Netzwerk-Zentralität und Vormacht in der Triade USA-China-EU stehen (von Transport bis digital). Für die Zukunft zeigt das den Bedarf auf, die früher entwickelten Widersprüche gegen kapitalistische Landnahmen um sicherheitsstaatliche Interventionsformen zu erweitern. Die Vielfachkrise war zuletzt durchaus ein Treiber für erhöhte öffentliche Schutz- und Gestaltungsinteressen an Infrastrukturen des Alltagslebens. Im Spannungsfeld von „Kriegs-Lebens-Systemwichtigkeit“ (Folkers 2018) wird in Zukunft jedoch die gesellschaftliche Entscheidungshoheit über Kritikalität noch umkämpfter werden. Umso mehr müssen im Gegenzug auch Kippunkte wie die eines autoritär-staatlichen Zugriffs auf diese Infrastrukturen stärker im Blick behalten werden.

4. Ausblick

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen verschärft der jüngste Amtsantritt von Trump die Gefahr von demokratie-, klima- und geopolitischen Kippunkten. Die Gefahr einer Transformation „by disaster“ steht auch angesichts des lauter werdenden Dreiklangs von „Familie, Nation, Motor“ in Europa (Becker 2024) immer mehr im Raum. In Österreich ist die Neuauflage eines rechtsautoritären Projekts in der Form von Blau-Schwarz zwar unmittelbar geplatzt. Doch womöglich handelt es sich neuerlich nur um ein Zwischenfenster für das Befestigen demokratisch-öffentlicher Infrastrukturen und für Versuche, die Verständigungs- und Bündnisfähigkeit zwischen progressiven Kräften zu stärken.

Der Kurswechsel hat auch künftig solide Voraussetzungen dafür, dazu einen wertvollen Beitrag zu leisten. In der Zeitschrift wird ein Suchprozess nach Alternativen abgebildet, der periodisch, durch unterschiedlichste Krisenkonjunkturen hindurch, diesen gemeinsamen Ausgangspunkt hat: „aktuelle Formen von Öffentlichkeit zu entwickeln, die emanzipatorische Entwicklung begünstigen“ (Weber 2011: 36). Das lässt sich nicht zuletzt auf den Kurswechsel selbst, als Zeitschriftenprojekt beziehen: Als Teil von (Gegen)Öffentlichkeit, die sich daran orientiert, die „Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen unter besonderer Berücksichtigung von Frauen“ voranzubringen (so die offizielle Blattlinie).

Vor diesem Hintergrund haben die im und um den Kurswechsel analytisch entwickelten Widersprüche zum Spannungsfeld von „privat“ und „öffentlich“ nichts an Lebendigkeit eingebüßt. Die Vielfachkrise spitzt sie neuerlich zu: Sie bringt auch unter diesen Gesichtspunkten Bewegung in Fragen des Eigentums, der Verfügungsmacht über Systemrelevanz und des künftigen Wirtschaftens (Boos/Hofmann/Prausmüller 2024).

Zugleich zwingen die Parallelen zwischen dem damals und heute fehlenden öffentlichen Zugriff auf staatliche Krisenpolitik und dem Erstarken autoritärer Krisenantworten neuerlich zu Nüchternheit. Diese kritische Nüchternheit möge den Kurswechsel auch in Zukunft, inmitten dieser unsicheren Zeitenwende, als unbestechlichen Zeitbegleiter ausmachen.

Literatur

- Atzmüller, Roland/Hermann, Christoph (2004): Beschäftigung, Arbeitsbedingen und industrielle Beziehungen in liberalisierten Dienstleistungsmärkten, in: *Kurswechsel*, 3/2004, 63–74.
- Becker, Joachim (2024): Familie, Nation, Motor, in: *Kurswechsel* 2/2024, 103–108.
- Becker, Joachim/Bergmann, Nadja/Schlager, Christa (2001): Editorial zur Schwerpunktausgabe „Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen“, in: *Kurswechsel*, 4/2001, 3–4.
- Beigewum (2013): Mythen des Sparens. Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse, Wien.
- Beigewum (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Wien.
- Beigewum (2000): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs, Wien.
- Beran, Sarah/Six, Eva/Heimerl, Veronika (2023): Ein feministischer Blick auf die Teuerungskrise in Österreich, in: *Kurswechsel* 4/2023, 24–35.
- Boos, Tobias/Hofmann, Julia/Praumüller, Oliver (2024): Zur Rückkehr der Eigentumsfrage – Editorial, in: *Kurswechsel* 3/2024, 3–8.
- Brand, Ulrich/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2025): Die unerträgliche Normalisierung von Hass und Spaltung, *Der Standard* vom 1.2.2025.
- Brand, Ulrich (2004): Globale Öffentliche Güter als Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, in: *Kurswechsel*, 3/2004, 19–30.
- Bulfone, Fabio/Ergen, Timur/Maggor, Erez (2024): The Political Economy of Conditionality and the New Industrial Policy, *MPLfG Discussion Paper* 24/6.
- Cserjan, Lukas/Hieselmayr, Sophie/Aistleitner, Matthias/Pühringer, Stefan (2024): Netzwerke der Superreichen: Zur politischen Ökonomie der Vermögenskonzentration in Österreich, in: *Kurswechsel*, 3/2024, 9–19.
- Demirović, Alex (2001): Hegemonie und das Paradox von Privat und Öffentlich, in: *Kurswechsel*, 4/2001, 12–23.
- Demirović, Alex (2006): Ist der Neoliberalismus hegemonial?, in: Filipič, Ursula (Hg.): *Neoliberalismus und Globalisierung*, Wien, 11–26.
- Dörre, Klaus (2021): Land in Sicht! Nachhaltiger Infrastrukturozialismus als Ausweg aus der Zangenkrise, in: *Kurswechsel*, 4/2021, 83–94.
- Feigl, Georg (2012): Austeritätspolitiken in Europa: Konsolidierungspakete im Überblick, in: *Kurswechsel*, 1/2012, 36–46.
- Flecker, Jörg/Hermann, Christoph (2014): Die Krise bewältigt, aber die Zukunft nicht. Das österreichische Modell in der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Lehndorff, Steffen (Hg.): *Spaltende Integration*, Hamburg, 175–187.
- Folkers, Andreas (2018): Was ist kritisch an Kritischer Infrastruktur? Kriegswichtigkeit, Lebenswichtigkeit, Systemwichtigkeit und die Infrastrukturen der Kritik, in: Engels, Jens Ivo/Nordmann, Alfred (Hg.): *Was heißt Kritikalität?*, Bielefeld, 123–154.
- Foundational Economy Collective (2020): Die Ökonomie des Alltagslebens ins Zentrum stellen: Grundversorgung für ein gutes Leben, in: *Kurswechsel* 2/2020, 79–81.
- Fraser, Nancy (2023): *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*, Berlin.
- Getzner, Michael/Damjanovic, Dragana/Dowling, Emma/Müller, Hannah Lucia/et al (2024): *Daseinsvorsorge 2030 – Grundversorgung innerhalb planetarer Grenzen, Studie im Auftrag der AK Wien*.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhiber, Jochen (Hg.): *Die Konfiguration Europas*, Münster.
- Haim, Daniel/Mader, Katharina/Schultheiß, Jana (2021): Beklatschte Systemrelevanz. Eine feministische Perspektive auf die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge, in: *Kurswechsel*, 4/2021, 7–17.
- Hall, David (2004): The political creation of European utility multinationals, in: *Kurswechsel* 3/2004, 40
- Harrington, Brooke (2025): Die kommende Broligarchie. Wofür Musk und Co. ihre neue Macht nutzen wollen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2025, 71–74.

- Hirsch, Joachim (2000): Die Internationalisierung des Staates, in: *Das Argument*, 3/2000, 325–339.
- Hofmann, Julia/Schnetzler, Matthias (2022): Editorial zum Schwerpunkt „Strategien gegen Überreichtum“, in: *Kurswechsel*, 3/2022, 3–8.
- Jäger, Johannes/Tomassovits, Rainer (2003): Politik der leeren Kassen. Budget, politics of scale und kommunale Dienstleistungen, in: *Kurswechsel*, 1/2003, 41–52.
- Koch, Roland (2008): Versagt hat nicht die Marktwirtschaft, in *FAZ* vom 22.10.2008.
- Korom, Philipp (2014): Bankenmacht in der Österreich AG, in: *Kurswechsel*, 4/2014, 51–59.
- Krajewski, Markus (2010): Neoliberalismus und Konstitutionalismus im Weltwirtschaftsrecht: Entstehung, Krisen, Alternativen, in: *Kritische Justiz*, 4/2010, 384–393.
- Kreisky, Eva (2001): Ver- und Neuformungen des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus, in: *Kurswechsel*, 4/2011, 38–50.
- Küblböck, Karin (2004): Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen in Entwicklungsländern, in: *Kurswechsel*, 3/2004, 7–18.
- Novy, Andreas (2022): Politische Ökonomie der Transformation, in: *Kurswechsel*, 2/22, 11–21.
- Oberdorfer, Lukas (2022): Der soziale und ökologische Umbau braucht eine neue Wirtschaftspolitik und eine umfassende Reform der EU, <https://www.awblog.at/Europa/sozial-oekologischer-umbau-braucht-reform-der-eu> [z.a. 3.2.2025]
- Paul, Franziska Christina (2021): Das globale Phänomen der Rekommunalisierung. Zwischen mutierendem Neoliberalismus und der Politisierung öffentlicher Güter, in: *Kurswechsel*, 4/2021, 50–58.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space, in: *Antipode*, 34/3, 380–404.
- Prausmüller, Oliver (2023): „Investment Screenings“ in der Permakrise. Grenzen und Widersprüche des geökonomisierten Staatsinterventionismus, in: *Kurswechsel*, 3/23, 26–38.
- Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (Hg., 2014): *Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik*, Hamburg.
- Rügemer, Werner (2004): Cross Border Leasing. Wie fiktive Kapitalbildung zur realen Auszehrung des öffentlichen Sektors führt, in: *Kurswechsel*, 3/2004, 54–61.
- Sauer, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Privatheit revisited. Grenzziehungen im Neoliberalismus und die Konsequenzen für Geschlechterpolitik, in: *Kurswechsel*, 4/2001, 5–11.
- Schindler, Seth/Alami, Ilias/DiCarlo, Jessica/Jepson, Nicholas/et al (2023): The Second Cold War: US-China Competition for Centrality in Infrastructure, Digital, Production, and Finance Networks, in: *Geopolitics*, DOI: <https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2253432>
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2024): *Politische Ökonomie der „Zeitenwende“. Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster.
- Schmidt, Egmont (2010): *Die Konflikte innerhalb der Großen Koalition von 1986 bis 2000*, Dissertation an der Universität Wien.
- Schulten, Thorsten (2024): Schon wieder Streik? Arbeitskämpfe in Deutschland im europäischen Vergleich, in: *APuZ*, 46/2024, 9–15.
- Trukeschitz, Birgit/Schneider, Ulrike (2023): Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven in der Langzeitpflege, in: *Kurswechsel*, 2/2023, 31–41.
- Unger, Brigitte (1999): Österreichs Wirtschaftspolitik: Vom Austro-Keynesianismus zum Austro-Neoliberalismus?, in: Karlhofer, Ferdinand/Tálos, Emmerich (Hg.): *Zukunft der Sozialpartnerschaft, Veränderungsdynamik und Reformbedarf*, Wien, 165–190.
- Urban, Hans-Jürgen (2020): Warum die EU jetzt vor einer ungewissen Zukunft steht, <https://awblog.at/warum-die-eu-jetzt-vor-einer-ungewissen-zukunft-steht/> [z.a. 11.11.2023]
- van Apeldoorn, Bastiaan/de Graaff, Naná (2022): The state in global capitalism before and after the Covid-19 crisis, in: *Contemporary Politics*, 28/3, 306–327, DOI: <https://doi.org/10.1080/13569775.2021.2022337>
- van Dyk, Silke (2022): (Ent)Privatisierung und Privateigentum. Von der Einführung der Verteilungsfrage zu einer neuen Politik des Öffentlichen, in: *Kurswechsel*, 3/2022, 9–21.
- Weber, Beat (2011): Editorial zur Schwerpunktausgabe „Zukunftsaussichten – 25 Jahre Kurswechsel“, in: *Kurswechsel*, 1/2011, 3–8.
- Weber, Beat (2001): Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen im Übergang zum Postfordismus, in: *Kurswechsel*, 4/2001, 24–37.